Zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution:

9. November 1918 – Nr. 1 — Preis 10 Pfennig

Die rote Fahne

Ehemaliger Berliner Lokal-Anzeiger – 2. Abend-Ausgabe

Verlag August Scherl G. m. b. H., Berlin SW 68, Zimmerstr. 35-41. — Fernsprecher: Amt Zentrum 9001 bis 9009. — Telegramme: Scherlverlag.

Berlin unter der roten Fahne.

Polizeipräsidium gestürmt. – 650 Gefangene befreit. – Rote Fahnen am Schloß.

Im Oktober 1918 war in Deutschland offensichtlich geworden: Die Arbeiter, die werktätigen Massen waren nicht länger bereit, in alter Weise weiter zu leben, sie wollten dem Krieg der Imperialisten und dem Hunger ein Ende machen.

Auf der anderen Seite hatten gerade die letzten erfolglosen Manöver der herrschenden Klassen – wie die Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden mit Beteiligung sozialdemokratischer Führer – bewiesen, daß die herrschenden Klassen nicht mehr auf alte Weise weiterregieren konnten. Die revolutionäre Situation war herangereift. Es bedurfte nur eines letzten Anlasses, um den Ausbruch der Revolution auszulösen.

Als der Funke im Pulverfaß erwies sich der Plan der Kriegsmarine-Leitung, im Stadium des militärischen Zusammenbruchs an allen Fronten der englischen Flotte eine große Seeschlacht zu liefern. Ohne auf den längst entschiedenen Ausgang des Krieges noch irgendwelchen wesentlichen Einfluß nehmen zu können, hätte die Durchführung dieses Unternehmens den Tod der 80 000 Mann starken Besatzung bedeuten können.

Als am 28. Oktober der Befehl zum Auslaufen aus dem Kieler Hafen gegeben wurde, rissen die Heizer die Feuer unter den Kesseln heraus und verweigerten gemeinsam mit Teilen der Matrosen den Gehorsam. Mit dem „bewährten" Mittel der Verhaftung der Beteiligten versuchte die Marineleitung der Bewegung Herr zu werden. Aber die Verhaftung erwies sich als ein Bumerang. Die Schiffsbesatzungen forderten die Freilassung ihrer Kameraden; sie wurden dabei von den Werftarbeitern unterstützt.

Noch am 2. November wurde eine große Versammlung von Matrosen und Arbeitern in Kiel unterdrückt. Aber schon am nächsten Tag kam es zu einer riesigen Kundgebung unter freiem Himmel, danach marschierten die Teilnehmer in das Stadtzentrum. Von einem Offizierstrupp beschossen, erwiderten sie das Feuer. Noch am gleichen Tage wählten sich die Matrosen und Soldaten der Kieler Garnison Soldatenräte. Die Werftarbeiter beschlossen den Generalstreik und wählten sich Arbeiterräte.

Die revolutionäre Bewegung in Kiel verfügte schon am 4. November über 20 000 Bewaffnete. Die gesamte Garnison ging zu den Aufständischen über, und Wandsbecker Husaren, vom Kieler Gouverneur in höchster Not zu Hilfe gerufen, wurden schon vor der Stadt zur Umkehr gezwungen.

Als nichts mehr helfen wollte, unternahm die Führung der Kieler Sozialdemokratie noch einen letzten Rettungsversuch zu Gunsten der herrschenden Klasse. Sie flehte die Arbeiter förmlich an, „angesichts der innerpolitischen Lage und des entschlossenen Willens der Regierung, einzugreifen, ... in den Betrieben (zu) bleiben"(1). Aber nichts half mehr. Ganz Kiel war vollständig in der Hand der revolutionären Matrosen, Arbeiter und Soldaten.

Von Kiel ausgehend, breitete sich die revolutionäre Bewegung in wenigen Tagen über fast alle wichtigen Städte Deutschlands aus. Am 3. November ergriff sie Lübeck, am 6. siegten die revolutionären Arbeiter und Soldaten in Hamburg. Bis zum 8. November befanden sich auch Leipzig, Dresden, Chemnitz, Magdeburg, Braunschweig, Frankfurt (Main), Köln, Düsseldorf, Hannover, Nürnberg, Stuttgart und andere Städte in Händen der Revolution, in Händen der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte, die nach dem Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution überall entstanden. Die Dynastien in Bayern Württemberg, Braunschweig u. a. wurden hinweggefegt.

Wie gestaltete sich die Lage in der Hauptstadt Berlin?

Die Regierung glaubte noch am 7. November, die Revolution mit folgender Bekanntmachung verbieten zu können: „In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden. Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit. Ich verbiete auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran. Der Oberbefehlshaber in den Marken, von Linsingen, Generaloberst." (2)

Als „regierungstreu" geltende Truppenteile waren eilig nach Berlin gezogen worden. Am 7. November wurden alle Großbetriebe militärisch besetzt. Die öffentlichen Gebäude, wie das Rathaus, Schloß und das Polizeipräsidium, glichen befestigten Militärlagern. Die Berliner Polizei wurde kriegsmäßig ausgerüstet. Um Berlin von der revolutionären Bewegung im Lande zu isolieren, wurde der Eisenbahnverkehr mit der Hauptstadt eingestellt.

Der Ausbruch der Novemberrevolution in Deutschland

Von Prof. Dr. Lothar Mosler
Direktor des Franz-Mehring-Institutes

Die rechten Führer der Sozialdemokratie taten alles, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern. Sie „warnten" die Arbeiter vor „Unbesonnenheiten", vor der Beteiligung an Demonstrationen und Streiks. Die Gruppe Internationale (Spartakusgruppe) hatte schon seit Anfang November versucht, die Leitung der USPD zur gemeinsamen Aktion, zum einheitlichen Zusammengehen für den Sturz der Monarchie, für die revolutionäre Beendigung des Krieges zu gewinnen.

Am 8. November fordern Flugblätter der Spartakusgruppe die Berliner Arbeiter zur revolutionären Machtergreifung auf.

„... Arbeiter und Soldaten! Was euren Genossen und Kameraden in Kiel, Hamburg, Bremen, Lübeck, Rostock ... und Stuttgart gelungen ist, das muß auch euch gelingen ...

Soldaten! Handelt wie eure Klassenkameraden von der Flotte, vereinigt euch mit euren Brüdern im Arbeitskittel. Laßt euch nicht gegen eure Brüder gebrauchen, folgt nicht den Befehlen der Offiziere, schießt nicht auf die Freiheitskämpfer ..."

In sechs Punkten wurden dann die nächsten Ziele des Kampfes formuliert, darunter:

„Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, Wahl von Delegierten hierzu in allen Fabriken und Truppenteilen, Uebernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte, sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik."(3)

Der Widerhall der Flugblätter ebenso wie auch der gesamten Agitation der Spartakusgruppe unter den Berliner Arbeitern war sehr groß.

Am Morgen des 9. November füllten sich die Straßen Berlins mit Arbeitern, die in geschlossenen Zügen dem Stadtzentrum zustrebten. An der Spitze marschierten bewaffnete Gruppen. Die geballte Kraft der Demonstration war von so nachdrücklicher Wirkung auf die Regierung, daß sie ihre Bürgerkriegspläne aufgeben mußte. Soweit einzelne konterrevolutionäre Offizierstrupps die Demonstranten mit Waffengewalt aufzuhalten versuchten, wurden sie unschädlich gemacht. Nach kurzer Zeit – gegen Mittag – befand sich ganz Berlin in Händen der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Der riesige bürokratisch-militärische Gewaltapparat der Imperialisten war unter dem Druck der revolutionären Volksmassen zusammengestürzt.

„Es gab noch vor einer Woche einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, der so verzweigt, so ineinandergefädelt, so tief eingewurzelt war, daß er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien. Durch die Straßen von Berlin jagten die grauen Autos der Offiziere, auf den Plätzen standen wie Säulen der Macht die Schutzleute, eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Aemtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh, in Berlin wenigstens, war das alles noch da. Gestern nachmittag existierte nichts mehr davon." So schrieb am 10. November das bürgerliche „Berliner Tageblatt".

Die revolutionäre Erhebung hatte damit die Monarchie und mit ihr die kaiserliche Regierung hinweggefegt. Bewaffnete Arbeiter und Soldaten patrouillierten auf Lastwagen durch die Stadt, bereit, jeden Widerstand gegen die neue Macht zu unterdrücken. Ueberall wurden die verhaßten kaiserlichen Kokarden und Abzeichen entfernt und durch rote Kokarden und Bänder ersetzt. Karl Liebknecht sprach am Nachmittag vor dem Schloß zu den versammelten Arbeitern und Soldaten:

„Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen ... Das Alte ist nicht mehr ... In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland."

Gleichzeitig warnte Liebknecht aber nachdrücklich vor Illusionen, die infolge des raschen und fast unblutigen Sieges bei vielen Arbeitern herrschten und von den Rechtssozialisten systematisch gefördert wurden.

„Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen ..." (4)

Unter begeisterter Zustimmung der Massen proklamierte Karl Liebknecht die „freie sozialistische Republik Deutschland".

Liebknechts Appell zur Wachsamkeit war nicht von ungefähr. Die rechtssozialistischen Führer hatten zunächst noch versucht, wenn nicht Wilhelm II., so doch wenigstens die Monarchie zu retten. Erst unter dem Eindruck der machtvollen Demonstration vom 9. November änderten sie ihre Taktik und riefen ihre Vertreter aus der ohnehin erledigten Regierung des Prinzen Max von Baden zurück.

Friedrich Ebert erbat und erhielt von dem großherzoglichen Prinzen den Auftrag zur Neubildung der Regierung, nachdem er diesem versichert hatte, „ich hasse die Revolution wie die Sünde".(5) Er versprach dem Prinzen, die Geschäfte im Rahmen der geltenden Verfassung zu führen. Die Taktik des „Kaisersozialisten" bestand, nachdem es nicht mehr möglich war, die Revolution zu verhindern, darin, sich an ihre Spitze zu stellen, um sie zu erdrosseln.

Als die Arbeiter und Soldaten Berlins am 9. November schon längst auf die Straße gegangen waren, um die Regierung zu stürzen, da erschien endlich gegen 13 Uhr ein Flugblatt der SPD mit dem Titel „Generalstreik", das ihr ein revolutionäres Alibi verschaffen sollte.

Dieses Plakat rief in Leipzig und anderen Städten die Arbeiter zur Bildung von bewaffneten Einheiten auf.

Der Grundtenor des Flugblattes bestand in dem Appell an die Soldaten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. In den Nachmittagsstunden verkündete dann der Rechtssozialist Scheidemann die „freie deutsche Republik".

Das Programm der neuen Regierung, die aus den Rechtssozialisten Ebert, Scheidemann, Landsberg und aus den USPD-Führern Haase, Dittmann und Barth bestand, ging nicht über soziale Reformen im Rahmen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung hinaus. Die neue Regierung war in ihrem Wesen bürgerlich-konterrevolutionär. Liebknechts Forderung, daß die gesamte beschließende und ausführende Macht in den Händen der gewählten Vertrauensmänner des werktätigen Volkes liegen müsse, wurde von den Rechtssozialisten abgelehnt.

Das unmittelbare Ergebnis des Kampfes der Volksmassen war zunächst der Sturz der Monarchie, die Errichtung der bürgerlich-parlamentarischen Republik, sowie die Eroberung demokratischer Rechte und Freiheiten.

Der Zusammenbruch des wilhelminischen Deutschlands war ein schwerer Schlag für die deutschen Militaristen, Monopolherren und Großgrundbesitzer. Der Sturz des kaiserlich-junkerlichen Regimes war gleichzeitig eine bedeutende Schwächung des imperialistischen Systems überhaupt und ein mächtiger Ansporn für die revolutionäre Bewegung in ganz Europa.

Ganz besonders fürchteten die Reaktionäre ein Zusammengehen der deutschen und der russischen Arbeiterklasse, wohl wissend, daß diese Einheit das Schicksal des Kapitalismus in ganz Europa entscheiden würde.

„Die größte Gefahr", schrieb Lloyd George damals, „die ich in der gegenwärtigen Situation sehe, ist, daß Deutschland sein Schicksal mit dem Bolschewismus teilen könnte und seine Hilfsquellen, seine Gehirne und seine gewaltige organisatorische Kraft den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen könnte ..."(6)

Darum erfreute sich auch die bald wieder auflebende Konterrevolution der Hilfe der imperialistischen Siegermächte.

Die konsequentesten Verfechter der Revolution mit dem Spartakusbund an der Spitze erkannten sehr klar die Gefahr, wenn es nicht gelang, die Revolution über den bürgerlich-demokratischen Rahmen hinaus zu führen. Sie warnten die Arbeiter vor der Illusion, mit dem Sturz der Monarchie und der Errichtung der Republik bereits die politische Macht erobert zu haben, und erklärten ihnen ihr Programm für die Weiterführung der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen.

Schon am 10. November schrieb das Zentralorgan der Spartakusgruppe „Die rote Fahne": „Diese Revolution hat nicht nur hinweggefegt alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie hat nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums ..., ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik ... Noch stehen wir am Anfang dieses schwierigen Weges. Nicht gilt es, sich vorschnell des errungenen Sieges zu freuen. Arbeiter und Soldaten! Organisiert euch, befestigt eure Macht! Bewaffnet die Waffen!"

1. Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 4. 10. 1918
2. Dokumente nach Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung II 2, S. 2
3. Dokumente und Materialien, II 3, S. 2
4. „Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution", Berlin 1929, S. 209/210
5. Ebenda, S. 218
6. Vgl. R. Palme Dutt, World Politics 1918–1936, London, 1936, S. 43

Genosse Mosler - ein bewährter Kämpfer

Genosse Professor Dr. Mosler kam schon als Schüler mit der Arbeiterbewegung zusammen. Er war zunächst Mitglied des „Sozialistischen Schülerbundes" in Breslau und trat 1930 als 17jähriger dem KJVD bei. So gehörte er schon als 17jähriger der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung an, und es war logisch, daß er nach dem Ende der braunen Nacht Mitglied der KPD wurde. Seitdem hat er ständig in Funktionen der Partei gearbeitet. Genosse Mosler wurde nach 1945 Lehrer und bald Leiter einer Kreisparteischule. Nach dem Besuch der Parteihochschule „Karl Marx" und nach einer zweijährigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent und Dozent an der Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht" wurde er als Dozent an die Karl-Marx-Universität berufen und Anfang 1954 mit der Leitung des Franz-Mehring-Instituts beauftragt.

Als Leiter dieses Instituts kann Professor Mosler auf eine erfolgreiche Tätigkeit bei der Erziehung und Ausbildung von Kadern für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium zurückblicken. Als Wissenschaftler und Erzieher hat er sich die Achtung des Lehrkörpers und der Studenten erworben. Seine Vorlesungen und Spezialseminare zeichnen sich nicht nur durch ihren wissenschaftlichen Gehalt aus, sondern er versteht es auch sehr gut, seine eigenen Erfahrungen im Kampf der deutschen Arbeiterklasse mit der Vorlesungen über die Geschichte unserer Arbeiterbewegung zu verbinden. Auch als Direktor des FMI hat er immer eine umfangreiche gesellschaftliche Arbeit geleistet. Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, Mitglied des Beirates des ZK-Instituts für Marxismus-Leninismus und Mitglied der Parteileitung des FMI. Seine stetige Einsatzbereitschaft ist vorbildlich und ist ein Ansporn für seine jüngeren Mitarbeiter.

Alle Mitarbeiter und Studenten des FMI werden Genossen Mosler freudig ihre Stimme bei den Wahlen am 16. November geben, als einem würdigen Vertreter unserer Universität im Bezirkstag Leipzig.

Als Sechzehnjähriger in Leipzig erlebt

Er war ein Tag wie jeder andere. Mittags ging ich den Weg von meiner Lehrstätte in der Comeniusstraße zur Kirchstraße und sah, daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen um ein Extrablatt versammelt hatten. Ich konnte gerade noch die Schlagzeile des Blattes erhaschen und las „Heute mittag um 12 Uhr ist die rote Fahne auf dem Volkshaus gehißt worden!" Das war ein großes Ereignis, und für mich als Lehrling Grund genug, den Nachmittag zu feiern.

Auf dem Weg zur elterlichen Wohnung in der Mariannenstraße überlegte ich mir, was wohl in der Zwischenzeit geschehen sein mochte. Gewiß, wir hatten in der Jugendgruppe in Thonberg oft darüber gesprochen, daß der unglückselige Krieg nun bald zu Ende gehen muß. Die älteren Jugendfreunde der Arbeiterjugend hatten schon Order bekommen und sollten einrücken. Es machte damals einen ungeheuren Eindruck auf mich, daß diese nur zwei Jahre älteren Freunde die Order zerrissen, in den Kanonenofen des Ortsvereins warfen und der Aufforderung nicht nachkamen. Einer davon wurde vorzeitig an die Front strafversetzt, andere nahmen lieber eine längere Festungshaft auf sich, als den imperialistischen Weltkrieg zu unterstützen. Ein Teil der Jugend folgte dem Ruf Karl Liebknechts „Nieder mit dem imperialistischen Krieg" und nahm dafür persönliche Opfer auf sich. So wollte auch ich handeln, wenn dieser Zeitpunkt an mich herantreten würde.

Meine Absicht war, am Nachmittag nicht zur Arbeit zu gehen. Meine sozialdemokratischen Kollegen würden, falls ich vom Meister Ohrfeigen bekommen sollte, schon im gegebenen Moment für mich eintreten.

Nach der Mittagspause – es hatte die übliche Kohlrübensuppe gegeben – führte mich mein Weg durch den Grimmaischen Steinweg nach dem Augustusplatz. Schon beim Papierhaus Flinsch sah ich Soldaten mit aufgeknöpftem Mantel, verkehrt umgehängtem Gewehr und roten Kokarden an ihrer Feldmütze, die gerade dabei waren, andere Soldaten und Chargen zu entwaffnen und sie nach Hause zu schicken. Beim Kaffeehaus Felsche versuchte ein Offizier, Widerstand zu leisten. Er war schnell entwaffnet und erhielt von Arbeitern, Soldaten und Matrosen ein paar handfeste Ohrfeigen. Sein Degen wurde an der Bordkante zerbrochen.

Ich wurde auf eine große Gruppe aufmerksam und schloß mich ihr an. Der Weg führte uns von der Schillerstraße zum Königsplatz. Dort wurde die Entwaffnung von beurlaubten Soldaten weiter durchgeführt. Die meisten von ihnen ließen das widerstandslos geschehen, denn sie hatten schon längst auf diesen Moment gewartet. Quer über den Königsplatz führte uns unser Weg durch die Wächterstraße zum Polizeipräsidium. Hier hatte man rechtzeitig Lunte gerochen und das Haupttor abgeschlossen. Ich sah gerade noch, wie durch das viereckige Fenster der Haupttüre ein helminischer Polizist einen letzten Blick wagte und dann verschwand. Einige Kolbenstöße von außen genügten, das Tor wurde von innen geöffnet. Soldaten und Matrosen drangen in das Polizeipräsidium ein und befreiten die Inhaftierten.

In der Zwischenzeit war der Zug der Demonstranten größer geworden, und unser Zug nahm Richtung nach dem Petersteinweg zu den „Neuesten Nachrichten". Diese reaktionäre Hetzpresse hatte mit dafür gesorgt, daß der Krieg verlängert und die Not der Arbeiterklasse bis auf das äußerste gesteigert wurde. Jetzt war der richtige Moment gekommen, um endlich diesen Schmierfinken das Handwerk zu legen. Das Ziel unserer Demonstration war es, die „Neuesten Nachrichten" stillzulegen, um sie später für die Interessen der Arbeiterklasse – wie wir hofften – umsetzen zu können. Auch hier dauerte es nicht sehr lange, bis die Ersten das Gebäude nach dem Petersteinweg verließen und die Presse von den Demonstranten stillgelegt war.

Der 9. November 1918 zeigte mir mit aller Deutlichkeit, daß die Arbeiterklasse alles erreichen kann, wenn sie einig ist. Diese Erkenntnis führte dazu, daß der 9. November für mein weiteres Leben bestimmend war.

Otto Werner,
Träger der Fritz-Heckert-Medaille